Auflage: 30.000 Stück
3. Ausgabe
Tel.: 0179 - 323 81 46
AfD Journal
Frankfurt (Oder)

Darüber reden die „Demokraten“ fast gar nicht!

Das Bundeskriminalamt (BKA) berichtet in der neuesten Ausgabe

„Bundeslagebild Kriminalität im Kontext der Zuwanderung 2021“

Wenn es zu Gewalt und schweren Straftaten zwischen Deutschen und Zuwanderern kommt, sind die Zahlen sehr eindeutig verteilt. Fast immer sind Einheimische die Opfer. Das geht aus dem „Bundeslagebild Kriminalität im Kontext der Zuwanderung 2021“ des Bundeskriminalamtes (BKA) hervor. Es wurde bereits Ende Juni 2022 veröffentlicht und kaum beachtet.
Zu den „Zuwanderern“ - auch „Flüchtlinge“ oder „Geflüchtete“ genannt - gehören auch Asylbewerber und Schutzberechtigte sowie diejenigen, die sich unerlaubt und geduldet in Deutschland aufhalten. Die Medien und staatliche Einrichtungen bezeichnen sie überwiegend als „Geflüchtete“.

Im vergangen Jahr gab es bei von Zuwanderern begangenen „Straftaten gegen das Leben, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit“ 40.593 deutsche Opfer.

In der umgekehrten Konstellation wurden 11.107 Zuwanderer Opfer einer solchen Straftat, bei denen wenigstens ein Deutscher als Verdächtiger ermittelt wurde. Anders ausgedrückt: In 78,5 Prozent der Fälle sind Zuwanderer die Täter und in 21,5 Prozent Deutsche.

Als „deutsche Tatverdächtige“ gelten auch Mitglieder arabischer Clans. Besonders deutlich zeigt sich dies bei Sexualstraftaten: 95,4 Prozent aller Delikte in diesen Täter-Opfer-Konstellationen gehen auf das Konto der Zuwanderer. Deutsche sind zum selben Anteil deren Opfer. 2496 Einheimische wurden 2021 allein von dieser speziellen Ausländergruppe vergewaltigt – das sind sieben pro Tag.
Bei Mord und Totschlag wurden 140 Deutsche zum Opfer, an der mindestens ein tatverdächtiger Zuwanderer beteiligt war. Infolge so eines Angriffs starben 18 Deutsche. Einer dieser Fälle war der Messerangriff eines Somaliers in Würzburg am 25. Juni 2021. Er tötete drei deutsche Frauen.

In der umgekehrten Konstellation wurden laut BKA „42 Zuwanderer Opfer von Taten, an denen mindestens ein Deutscher beteiligt war. Drei Zuwanderer starben infolge des Angriffs.

Als Deutsche zählen beim BKA-Lagebild wie auch in der Polizeilichen Kriminialstatistik grundsätzliche alle Tatverdächtigen, die u.a. auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. [wm]

AfD-Fraktion Frankfurt (Oder)

AfD Journal Frankfurt (Oder)

3. Ausgabe

Tel.: 0179 - 323 81 46

TRAUER und FASSUNGSLOSIGKEIT!

Der AfD-Stadtverband Frankfurt (Oder) hat einen seiner besten Freunde verloren!
Völlig unerwartet und plötzlich verstarb in der Nacht vom 15. zum 16. September 2022 unser Freund Thomas Jung.

Thomas war 64 Jahre, verheiratet und hinterlässt 2 minderjährige Kinder. Er lebte in Potsdam und war von 2014 bis 2019 AfD-Abgeordneter im Landtag Brandenburg. In der AfD-Fraktion bekleidete er die Funktion eines stellv. Fraktionsvorsitzenden. Nach seinem Ausscheiden als Landtagsabgeordneter (Landtagswahl 2019) ging er wieder seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt nach.

Wir kannten uns seit 2013 und er hat die Alternative für Deutschland auf Landes- und kommunaler Ebene aufgebaut. Er half dabei die AfD in Frankfurt (Oder) zu einer starken Kraft zu entwickeln. Er stand uns mit Rat und Tat zur Seite. Wir konnten uns verlassen, wenn wir ihn um Hilfe fragten.

Er unterhielt von 2014 bis 2019 unser AfD-Bürgerbüro in der Müllroser Chaussee 22 in Frankfurt (Oder). Wir unternahmen bis 2019 regelmäßige Veranstaltungen mit Thomas Jung in Frankfurt (Oder).

Voller Hochachtung verneigen wir uns in Trauer vor Thomas Jung! Unser tiefes Mitgefühl richtet sich an seine Familie!

Alternative für Deutschland Stadtverband Frankfurt (Oder) [wm]

Warum immer diese Schrottimmobilien?

THW? Ende August 2022 feierte das THW (Bundesanstalt Technisches Hilfswerk Ortsverband Frankfurt (O.) sein 30-jähriges Bestehen am neuen Standort im Ortsteil Markendorf der Stadt Frankfurt (Oder). Unser Landtagsabgeordneter Wilko Möller war auch eingeladen worden.

Bei der Besichtigung des neuen Standortes fielen die fehlenden Außenwände am THW-Gebäudekomplex sofort auf. Angeblich würde das Geld fehlen, um diese Mängel sofort abzustellen. Ein Insider der TeGeCe bestätigte dies unserem Landtagsabgeordneten gegenüber. Noch schlimmer ist die Hochspannungsleitung, die über dem Übungsplatz des THW verläuft. Wir fragen uns, warum wurde so ein Standort gewählt? Beim Bundesamt für Strahlenschutz wird darauf hingewiesen, dass bei Hochspannungsleitungen die Grenzwerte in der Regel eingehalten werden, aber ein längerer Aufenthalt in der Nähe dieser Leitungen ist zu vermeiden.

Die Randlage am Gewerbepark im Ortsteil Markendorf stellt für potentielle Einbrecher fast eine Einladung dar.
Bei der Firma Technologie- und Gewerbecenter Frankfurt (Oder) GmbH (Kurzform TeGeCe Frankfurt (Oder) handelt es sich um eine Gesellschaft der Stadt Frankfurt (Oder), die hier als Vermieter auftritt.

Der Insider der TeGeCe GmbH sagte auch aus, dass er diesen Standort nicht dem THW zur Verfügung gestellt hätte.

Wir werden da nachfragen und haben bereits um einen Termin bei der Geschäftsführung gebeten. Trotzdem scheint man in Frankfurt (Oder) bei Standortfragen ziemlich oft keine guten Entscheidungen zu treffen. Das gilt insbesondere für die Feuerwehrgerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehren in den Ortsteilen. [wm]

3. Ausgabe

AfD Journal Frankfurt (Oder)

Tel.: 0179 - 323 81 46

Halbzeit der laufenden Wahlperiode

Zeit für ein kurzes Fazit der AfD-Fraktion Frankfurt (Oder)

(v.l. I. Schneider, J. Fritsch, E. Hofmann, A. Suchanow, B. Saleschke, M. Laurisch, W. Möller, M. Mittelstädt, H.P. Hartmann)

Die kommende Kommunalwahl im übernächsten Jahr wirft ihre Schatten voraus. Die dank Ihrer Wahlentscheidung in die Stadtverordnetenversammlung (SVV) eingezogene Fraktion hat in den vergangenen drei Jahren einiges bewirken können. Doch was genau?

Wir sind auf jeden Fall fleißig und unbequem. Zahlreiche Anfragen, Wortmeldungen zeigen, dass es uns ernst ist, unsere Stadt fortzuentwickeln. Auf Landesebene hat sich unser Landtagsabgeordneter Wilko Möller immer wieder für Frankfurt (Oder) mit folgenden Anträgen mit Bezug zu Frankfurt (Oder) eingesetzt:

- Antrag auf Aufbau eines Sicherheitskompetenzzentrums auf dem Messegelände in Frankfurt (Oder). Dort soll die Lande- und Bundespolizei mit den polnischen Kollegen gemeinsam polizeiliches Handeln trainieren.

- Antrag auf ein Asservatenzentrum der Polizei in Frankfurt (Oder): Die Staatsanwaltschaft, Bundespolizei und Landespolizei sowie der Zoll sollen ein gemeinsames Asservatenzentrum eröffneten in Frankfurt (Oder), um große beschlagnahmte Sachgegenstände ordnungsgemäß zu lagern (z. B. Kraftfahrzeuge aller Art, Baumaschinen etc.)

- Antrag auf Stationierung einer Löschflugzeugstaffel auf dem kleinen Flugplatz zwischen Eisenhüttenstadt und Frankfurt (Oder)

- Antrag auf Eröffnung eines Haltepunktes der Deutschen Bahn im OT Booßen

- Antrag auf Neubau der Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehren in Frankfurt (Oder)

- Antrag auf Einführung der des Wahlpflichtfaches „Feuerwehr macht Schule". Jungendliche sollen schon in der Schule über das Feuerwehrwesen lernen.

Dazu unzählige Reden zu Problemen der Feuerwehr, Polizei, Gesetzesänderungen etc.

Wer macht eigentlich was in der Stadt-Fraktion? Wir Ihnen hier einen kleinen Überblick.

Andreas Suchanow: Stadtverordneter, Vorsitzender Werksausschuss Sportzentrum, 2.Stellvertretender Vorsitzender der SVV, Fraktionsgeschäftsführer
Marcus Mittelstädt: Stadtverordneter, Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss (SVUK) und Ausschuss für Gesundheit, Gleichstellung, Soziales und Integration (GGSI)
Michael Laurisch: Stadtverordneter, Vorsitzender im Rechnungsprüfungs-ausschuss, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Finanzen (WAF)
Wilko Möller: Abgeordneter im Brandenburgischen Landtag, Stadtverordneter, Mitglied im Haupt- und Ordnungsausschuss (HO) und Co-Vorsitzender des Gemeinsamen Ausschusses der Doppelstadt Frankfurt (Oder) und Slubice (GA)
Bernd Saleschke: Stadtverordneter, Mitglied im WAF
Elke Hofmann: Stadtverordnete, Mitglied im Werksausschuss Kultureigenbetriebe
Jürgen Fritsch: Stadtverordneter, Mitglied im Kultur-u. Bildungsausschuss (KBSB)
Ingolf Schneider: Stadtverordneter, Fraktionsvorsitzender, stellv. Vorsitzender SVUK, Mitglied im HO sowie in den Ausschüssen für Stadtentwicklung (SVUK), Kultur- und Bildungsausschuss, Jugendhilfeausschuss (JHA)
Hans-Peter Hartmann: Stadtverordneter, Mitglied im (GGSI) und Werksausschuss Kulturbetriebe
Dazu kommen noch 5 „Sachkundigen Einwohner (SKE)" und Mitglieder in den Aufsichtsräten der stadteigenen Gesellschaften (Firmen) sowie den Beiräten.
Immer wieder erreichen uns als Fraktion Anrufe, E-Mails, Kurznachrichten und viele Bürger suchen den Kontakt zu uns. Aus diesem Grunde haben wir bereits vor einigen Monaten den Entschluss gefasst, unsere monatliche Fraktionssitzung zum Teil öffentlich zu gestalten. Interessierte können uns so besuchen. Das Datum der Sitzung und der Zeitpunkt werden im Voraus auf unserem Facebook-Profil veröffentlicht.

Außerdem haben wir nach der abartigen Coronazeit wieder die Möglichkeit bei einem unserer Stammtische mit Ihnen persönlich ins Gespräch zu kommen. Wir freuen uns, Sie zu treffen.

Die Berichterstattung der lokalen Tageszeitung
Was Sie nicht über uns in der Zeitung lesen...

Bespiel: Unser Stadtverordneten Marcus Mittelstädt wurde durch die lokale Tageszeitung ignoriert. Marcus ist Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss. Seit Beginn der Wahlperiode hat er 18 Anfragen und einen Antrag in den Ausschuss und die SVV eingebracht. Der Antrag bezog sich auf die Installation der Trixi-Spiegel im Verkehrsraum (siehe letzte Ausgabe). Der Zeitung war es keine Zeile wert zu schreiben, dass es unser Antrag war. Dies gilt für viele Anfragen, die wir einbringen. So ging es u. a. um die Themen Öffentlicher Personennahverkehr, die Oder als Verkehrsweg, die Frankfurter Feuerwehr, den jüdischen Friedhof, die E-Roller Problematik und viele andere Sachen mehr.

Es lohnt sich den QR-Code zu scannen. Blättern Sie durch die Tagesordnungen der letzten Jahre und sehen sie unsere Anfragen und die Antworten der Verwaltung.

[is/mm]

3. Ausgabe

AfD Journal Frankfurt (Oder)

Tel.: 0179 - 323 81 46

Unterricht an den Schulen: Feuerwehr macht Schule

Das staatliche Schulamt blockiert den AfD-Kontakt zu den Schulen!

Wir als AfD fordern die Einführung des Unterrichtsfachs: Feuerwehrwesen an den Oberschulen und später auch an Gymnasien (wir berichteten in der Ausgabe II). Nach dem wir das Projekt „Feuerwehr mach Schule" im lokalen Hauptausschuss und Ausschuss für Kultur, Bildung, Sport und Bürgerbeteiligung der Stadt Frankfurt (Oder) vorstellten, gab es seitens der anderen politischen Parteien keine eindeutige Meinung. Somit suchten wir den Kontakt zu den Oberschulen Heinrich von Kleist und Ulrich von Hutten. Darüber hinaus sprachen wir den Schuldirektor des Karl-Liebknecht-Gymnasiums an.

Hintergrund:
In neun weiterführenden Schulen Brandenburgs - zum Beispiel in den Gemeinden Angermünde und Nauen - ist der Unterricht unter dem Titel „Feuerwehrwesen" als Wahlpflichtfach eingeführt worden. Wilko Möller besuchte diese Schulen und die Feuerwehren, um deren Erfahrungen einzuholen. Es herrscht große Begeisterung für dieses Schulfach, weil die Schüler an den Brand- und Katastrophenschutz herangeführt werden. In ca. 150 Unterrichtsstunden erzielen die Jugendlichen die sog. Truppmann I und II Ausbildung in den Schulklassen 9 und 10. Darüber hinaus erhalten sie Schulnoten dafür und lernen auch viele Dinge fürs Leben.

Unser Landtagsabgeordneter Wilko Möller kontaktierte die ersten drei weiterführenden Schulen in Frankfurt (Oder). Zwei Termine fanden statt, aber die Schulen können so dass Projekt nicht umsetzen, vielleicht auch nur als Arbeitsgemeinschaft. Mit der dritten Schule (Heinrich von Kleist Oberschule) wurde ebenfalls ein Termin vereinbart, den die Schule auch wünschte, denn sie hatte von dem umfangreichen Zeitungsartikel über das von Wilko Möller neu aufgegriffene Konzept gehört. Ein Treffen war für den 22. August 2022 avisiert. Doch kurz vor dem Termin teilte Sekretariat der Heinrich von Kleist Oberschule in Frankfurt (Oder) per Mail mit, dass der Termin am 22. August 2022 mit dem Schulleiter Herrn Schunke, abgesagt wird. Grund sei, dass das staatliche Schulamt keinen Gesprächsbedarf zum Thema „Feuerwehr macht Schule" sehe. Es sei alles im letzten Bildungsausschuss gesagt worden. Das destruktive Verhalten des staatlichen Schulamtes ist wohl nur ein Vorwand, denn der Träger ist die Stadt Frankfurt (Oder). Wir vermuten, dass der linke Oberbürgermeister den Gesprächstermin mit unserem Landtagsabgeordneten verhinderte.

Auf Nachfrage des Abgeordneten Möller im Bildungsausschuss des Landtages konnte sich die Bildungsministerin Frau Britta Ernst das Verhalten des staatlichen Schulamtes in Frankfurt (Oder) nicht erklären. Denn das Ministerium des Innern (MIK) und das Bildungsminsteirum (MBJS) des Landes Brandenburg fördern dieses Projekt und das staatliche Schulamt Frankfurt (Oder) behindert die Förderung. Die Landesregierung wird nachfragen.

Die AfD wird sich für die flächenmäßige Einführung des Unterrichtsfachs - nicht nur als Wahlpflichtfach – an allen Schulen mit den Jahrgangstufen 9 und 10 im Land Brandenburg einsetzen. Dies wird ein Teil des Wahlprogramms zur Landtagswahl 2024 sein. Zurzeit nimmt unser Landtagsabgeordnete weiteren Kontakt zu den Gesamtschulen in Frankfurt (Oder) auf.

[wm]

Seite: 5
3. Ausgabe
AfD Journal Frankfurt (Oder)
Tel.: 0179 - 323 81 46
AfD-Fraktion Frankfurt (Oder)

„Is` nich`, Alter!" oder Märchenstunde mit dem grünen Habeck

„Ach, wie gut, dass niemand weiß, dass ich Wirtschaftsminister heiß". Seit dem Ukrainekonflikt legt Robert Habeck sich als neuer „Grüner Superheld" so richtig ins (Großmaul-) Zeug. Neben seinen Hasstiraden gegen Putin und den „Klimanotstand"(s)-Beschwörungen mit den fatalistischen Folgen einer angeblichen Energiekrise, die natürlich nur durch die bösen Russen verursacht wurde, redet er den Deutschen doch tatsächlich ein, Putin würde mit dem Mittel der Energielieferung Deutschland und Europa erpressen wollen.
Dass es die Kanadier waren, die monatelang eine russische Turbine der Nord-Stream-1-Leitung - aufgrund des vom Westen verhängten Embargos - nicht nach einer vertraglichen Wartungsdurchführung wieder an Russland zurückgaben, wird mal eben völlig ausgeblendet.
Trotz der Tatsache der hohen Abhängigkeit Deutschlands als eines der noch führenden Industrienationen von Energie-und Rohstoffimporten aus aller Welt und auch Russland, setzten sich die „Grün:Innen" an die Sperrspitze der Boykottbefürworter gegen unsere russischen Nachbarn.
Nun wird für alle offenbar, dass die Traumwelt der linksgrünen Ökosozialisten, in der die Protagonisten auch munter gegen die Naturgesetze verstoßen, mit ihrer „Klimaschutz"-Ideologie am Ende sind. Sie aber glauben weiter an Kobolde in Batterien, faseln fröhlich von der Speicherfähigkeit von Wind- und Sonnenergie im Stromnetz und scheren sich einen Dreck um die durch ihre ideologieverseuchte Zwangspolitik verursachte Umweltzerstörung beim Zubetonieren für die Windradfundamente, den Insekten- und Vögel-Tötungen durch diese und ebenso wenig um die katastrophalen Bedingungen des Abbaus der sog. seltenen Erden in China und anderen Ländern der Dritten Welt. — Ein Hoch auf die Kinderarbeit!
Hatte Deutschland durch eine völlig verfehlte Politik bereits zuvor schon die höchsten Energiepreise in der Welt, so drohen nun geradezu astronomische Steigerungen für Wirtschaft und Verbraucher. Erste Unternehmen verlassen Deutschland.
Und was tut Habeck als „Wirtschaftsminister:In"? Statt sachliche Vernunft und Realpolitik zur Lösung der sich abzeichnenden Krise einzufordern, bestimmt weiterhin reine Ideologie sein Handeln.
``Kein Fußbreit den Russen`` scheint die neue Feindbild-Phrase der „Grün:Innen" zu sein. Mit einem Male werden menschenrechtsverachtende Staaten wie Katar und Saudi-Arabien zu neuen Partnern, die man eifrig umwirbt.

Das gestern noch so verachtete dreckige Fracking-Gas und –Öl soll nun aus den USA und Kanada per Tankertransport quer über den Atlantik eingekauft und verschifft werden.Welch ein moralischer und ökologischer Schwachsinn – die „Grün:Innen" in ihrem Element!
Damit das Volk nicht gleich die Fassung verliert, spann die „Ampel" zur ersten Beschwichtigung ein sog. „Entlastungspaket". Dies hat zwar schon im Ansatz massive Defizite, kostet aber dennoch Milliarden.
„Is´ nich´, Alter!" war denn auch die arrogante Antwort auf die Frage, ob weitere Entlastungen zu erwarten wären. Damit hat Habeck mehr als deutlich gezeigt, dass ihm die Nöte der deutschen Bevölkerung letztlich am Hinterteil vorbeigehen. Wie soll es nun weitergehen, wenn der „Tankrabatt" entfällt und die Deutschen auch noch mit der „Gasumlage" belastet werden? Aber „ mit Deutschland konnte[...](er ja) noch nie etwas anfangen" und auch Habecks neuester geistiger Erguss: „... is` doch nur Geld" zeigt, welch´ Geistes Kind der politische Bruchpilot wirklich ist.
Eines muss jedem rational denkenden Menschen klar sein: die gegenwärtig selbst verursachte „Energiekrise" ist das größte Glück jener Politikhasardeure vom Schlage Habeck, Baerbock, Lang, Roth und Co. Denn nun können sie quasi ungehindert ihre irrationalen Pläne der weiteren De-Industrialisierung Deutschlands nach Morgenthau`scher Lehre umsetzten. Die umweltzerstörende Zuspargelung ganzer Landschaften und Zweckentfremdung großer Ackerflächen für Photovoltaik-Anlagen kann jetzt gegen den Willen der Bürger durchgesetzt werden.
Dies alles entspringt reiner Böswilligkeit gegen die eigene indigene weiße deutsche Bevölkerung! Und wie nicht anders von diesen verkannten Genies der Inkompetenz zu erwarten, werden nun völlig obskure Forderungen zum Energiesparen an die Bevölkerung in oberlehrerhafter Weise erteilt.
Da sollen wir „... öfters mal kalt duschen", oder am besten wohl erst gar nicht duschen – da macht dann natürlich auch das Maskentragen irgendwie Sinn. Und vom grünen Polit-Opa aus dem Ländle erfahren wir die größte geistige Blut-Grätsche: ein Seiflappen reicht doch völlig zur Hygiene!

Die Raumtemperaturen können selbstverständlich deutlich herunter gestellt werden. Hier hilft den neuen Hobby-Sozialisten mit ihrem Verbotseifer ein Blick zurück ins Ceausescu-Rumänien der 1980er Jahre. Wohnungen wurden hier per Zentralheizung nur auf 12°C „erwärmt". Den sozialistischen Gängelträumereien der rot-gelb-schwarz-grünen Politmischpoke sind wahrlich keine Grenzen gesetzt!

Doch sollte der gebeutete Bürger, der den ganzen böswilligen Schwachsinn als Steuerknecht bezahlen darf, einmal auf die Straße gehen und protestieren, dann ist er ein „staatsfeindliches Subjekt", der „den Staat delegitimieren ..." will. Diese Wortwahl erinnert doch sehr an die DDR-Sprachregelung.

Deutsche, merkt Euch stets: „Wird der Bürger unbequem, ist er gleich rechtsextrem"! [is]

AfD-Fraktion Frankfurt (Oder)

AfD Journal Frankfurt (Oder)

3. Ausgabe

Tel.: 0179 - 323 81 46

Problematische Einwanderung, die wir nicht wollen:

Wir betreiben regelmäßig Infostände in der Stadt – so auch am 9. September 2022 bauten wir einen Infostand in der Innenstadt in der Nähe des sog. Bunkers (Wochenmarkt am Platz der Republik) auf. Einige Besucher kamen auf uns zu und klagten über die Inflation etc. und gaben ihren Unmut über die Politik bekannt. Nach über drei Stunden begannen wir unseren Infostand abzubauen - da kamen mehrere Tschetschenen auf uns zu. Der Wortführer bezeichnete uns erst einmal als Nazis.

Wir fanden das wir ziemlich lächerlich, denn sie konnten keine Argumente vortragen. Sie verhielten sich aggressiv und meinten, dass wir alle keine Demokraten seien und immer was gegen Ausländer hätten.

Wir gehen davon aus, dass ihre linken Sozialarbeiter und Gutmenschen-Vordenker die Tschetschenen schon gezielt gegen uns in Stellung gebracht hatten.

Aber dann wurde es richtig abartig: Eine Gruppe von mehreren offenkundig deutschen Jugendlichen liefen an den Tschetschenen und uns - ohne uns zu beachten resp. wahrzunehmen - vorbei. Einer der Jugendlichen trug eine Umhängetasche mit den Regenbogenfarben und sein Habitus deutete eher auf eine transsexuelle Ausrichtung hin. Da schrie plötzlich der tschetschenische Wortführer dieser deutschen Gruppe hinterher, dass er Schwuchteln hasse und null Verständnis für sie aufbringt. Die deutsche Gruppe lief schnell und verdutzt weg.

Wir waren überrascht über diese Intoleranz und wir fragten uns, was die links ausgerichteten Sozialverbände solchen Flüchtlingen eigentlich über Deutschland vermitteln? Wir sollen Nazis sein, aber diese Tschetschenen dürfen sich so ein Verhalten leisten? Wir würden diese Typen sofort abschieben - nicht integrierbar. Das kommt eben heraus, wenn diese linken Gutmenschen meinen, die ungezügelte Einwanderung wäre gut für unsere Gesellschaft.

Der Wähler muss die Reißleine ziehen. So geht es nicht weiter. [wm]

Linden in der Magistrale

Pressemitteilung:

Die Märkische Oderzeitung berichtet regelmäßig über die Zukunft der sog. Magistrale mit ihren rund 60 Jahre alten Linden. Die AfD-Stadtverordneten lehnen jedwede Planung in Richtung Fällung der Linden im Zuge der Neugestaltung der Magistrale ab! Diese Bäume sind wertvolle Schattenspender in der Innenstadt und sorgen für eine angenehme Klimatisierung der Fußgängerzonen. Dieser wertvolle Baumbestand in der Innenstadt muss erhalten werden. Die Fällung eines Baumes darf nur im Einzelfall erfolgen, wenn keine anderen Maßnahmen mehr praktikabel sind. Die Stadtplanungen müssen sich an den Bäumen orientieren und nicht umgekehrt.

Als Negativbeispiel total verfehlter Planung weisen wir auf den Rathausplatz hin. Dort fehlt der so wertvolle Baumbestand und sorgt für eine übermäßige und kaum ertragbare Wärmeentwicklung. Große Sonnenschirme reichen da schon lange nicht mehr aus. Sollte die Stadtverwaltung wirklich in Erwägung ziehen, die Bäume zu entfernen, werden wir eine Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung (SVV) beantragen. So ein einschneidender Eingriff, der das Erscheinungsbild der Innenstadt verändert und die Lebensqualität der Frankfurter beeinträchtigt - darf nur unter Vorbehalt einer Entscheidung der SVV erfolgen.

Das Abholzen ganzer Alleen (z. B. Rathenaustraße) aus nicht nachvollziehbaren Gründen und Gutachten, die zumindest wichtige Fragen nicht beantworten, dürfen nicht mehr vorkommen.

[wm]

Seite: 7
3. Ausgabe
Tel.: 0179 - 323 81 46
AfD Journal
Frankfurt (Oder)

AfD-Sichtweise zum „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“

Auf kommunaler Ebene wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung die zur Bewerbung der Stadt Frankfurt (Oder) für das Projekt „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ ein Beschluss zur Bewerbung gefasst. Auch im Brandenburgischen Landtag stellte die LINKE einen Antrag mit allen Parteien – außer der AfD. Auf Landesebene konnte die AfD-Fraktion im Brandenburgischen Landtag den Antrag der LINKEN nur ablehnen. Denn die Art und Weise wie der Antrag dem Plenum vorgelegt wurde war eindeutig gegen die AfD gerichtet.

Die größte Opposition wurde bei diesem Antrag ausgeschlossen und nicht beteiligt.
Die anderen Fraktionen hatten nicht Mal den Anstand den Landtagsabgeordneten Wilko Möller direkt zu fragen, obwohl er von den Frankfurter Bürgern direkt ins Parlament gewählt worden war. Sieht so also das Mitnehmen aller gesellschaftlichen Gruppen aus?
Die Regierungsparteien und Linke beschränkten sich lediglich auf die BVB/Freie Wähler.
Geplant ist, dass der Bund bis 2027 mehr als 200 Mio. Euro in der Innenstadt Frankfurts verbauen wird. Wir gehen eher wegen der Inflation von 300 Mio. Euro aus. 180 Mitarbeiter sollen dort forschen und arbeiten. Die jährlichen Kosten für Personal und Betrieb belaufen sich auf 43 Mio. Euro.

Eine Expertengruppe mit 22 Personen unter der Führung des Ex-Ministerpräsidenten Matthias Platzek hat innerhalb von 2 Jahren mit einem 65 Mio. Euro Etat das Konzept mit dem Wortungetüm Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und europäische Transformation entwickelt und dabei die Stimmungslage in Ostdeutschland eingeholt.

Wenn wir im besten Deutschland aller Zeiten leben, dann frage wir uns wohin uns die Regierung hin transformieren will?

Was hat eigentlich der Bürger davon? Wir brauchen dringend Investitionen in die Bildung. Z. B. hat das Karl-Liebknecht-Gymnasium immer noch keine drahtlose Internetverbindung in jedem Schulungsraum. 24 Jahren brauchte man, um die stillgelegte Turnhalle unseres Oberstufenzentrums endlich neu aufzubauen. Die Schrottimmobilien der Freiwilligen Feuerwehren in den Ortsteilen sind längst überfällig. Was ist mit dem Ersatz für den geschlossenen Helenesee? Wir brauchen dringend ein neues Schwimmbad. Das Frankfurter Schwimmbad ist über 50 Jahre alt und abgewirtschaftet. Es verschlingt Millionen an Reparaturkosten, die sich im Grunde nicht mehr lohnen. Was ist dem Frankfurter Messegelände, das mehr als 600.000 Euro jährlich Verlust macht?
Ein Sicherheitskompetenzzentrum für die Polizei könnte dort aufgebaut werden. Wir haben das bereits im Innenausschuss im Landtag erörtert. Aber die Regierungsparteien wollen das nicht, weil Frankfurt zu weit weg ist für die Polizei. Man könnte meinen, dass diese Parteien doch etwas gegen Frankfurt (Oder) haben. Die Machbarkeitsstudie des Innenministeriums kam zum Schluss, dass die favorisierten Standorte in Berlin-Nähe viel zu kostspielig seien, weil man bis zu 500 Mio. investieren müsste für Dinge, die in Frankfurt (Oder) im Messegelände schon vorhanden sind.
Lieber verbauen die sog. demokratischen Parteien ca. 300 Mio. Euro für eine zumindest fragwürdige Forschung, die wohl eher dazu gedacht ist, den Ostdeutschen Demokratie nach linkem Vorbild zu erklären.
Dies vor dem Hintergrund, dass viele Bürger nicht mehr Wissen wie sie ihre Heiz- und Stromkosten bezahlen sollen. Diese sog. demokratischen Parteien und Ihre Ampelkollegen in Berlin haben dafür gesorgt, dass wir in die größte Wirtschaftskrise nach 1945 hineingeraten. Noch nie waren so viele Bürger bereit Deutschland zu verlassen. Man nennt das auch Abstimmung mit den Füßen.

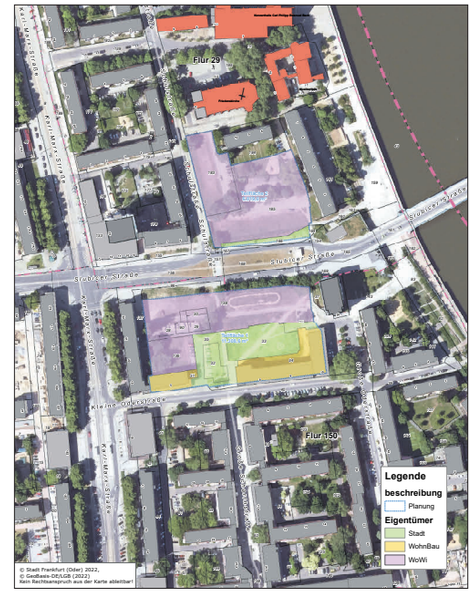
Unsere Ablehnung gründet sich auch auf die einstündige Bundespressekonferenz mit Matthias Platzek vom 16. Juni 2021, die über die Ergebnisse der Expertenkommission berichtete.

Dort ließ der ehemalige Ostbeauftragte der CDU Marco Wanderwitz ab Minute 37 die wahren Gründe für den Bau des Zukunftszentrums in Ostdeutschland erkennen:

Das Zukunftszentrum soll einen Beitrag leisten die AfD als rechtsradikale Partei gerade in Ostdeutschland zurückzudrängen. Er wirft der „Ostdeutschen Bürgerschaft“ den Hang zu angeblich undemokratischen Kräften vor.
Somit wollen diese Parteien den Ostdeutschen vorschreiben was sie denken und zu wählen haben.

Vielfalt und politische Toleranz gegenüber Bürgern, die eine andere Meinung haben, ist nicht gewollt.

Neidisch schaut die AfD nach Cottbus, wo ein Innovationszentrum Universitätsmedizin Cottbus - das sog. IUC - bis 2038 entstehen wird. Für diese Gesundheitsregion mit einer neuen medizinischen Fakultät sollen sogar Milliarden Euro



bis 2038 zur Verfügung gestellt werden.
In Frankfurt sieht es anders aus.
Eine dauerhafte Ansiedlung von namhaften Investoren, die sichere neue Arbeitsplätze schaffen, bleiben aus.

Infolgedessen haben uns in der AfD-Landtagsfraktion geeinigt, dass die AfD diese Art von Manipulation der Ostdeutschen über das sog. Transformationszentrum ablehnt. Die von Ihnen propagierte europäische Transformation in einen undurchsichtigen europäischen Zentralstaat kann nicht das Ziel sein.

Somit ist dieser Antrag auf Landesebene nicht zustimmungsfähig, weil wir überhaupt nicht einbezogen wurden.

Auf kommunaler Ebene hat die AfD-Fraktion Frankfurt (Oder) in der SVV zugestimmt, nachdem wir in einer extra beantragten Sitzungspause mit dem Oberbürgermeister und dem Baudezernenten Dr. Prusa in kleiner Runde ohne den Abgeordneten der anderen Parteien noch einmal das „FÜR“ und „WIDER“ des Zukunftszentrum erörterten.

Wir kamen zum Schluss, dass die Stadt die ca. 300 Mio. Euro Investition in die Innenstadt und Infrastruktur dringend gebrauchen kann und da geht es nicht um Europäische Transformation. Bis 2027 kann noch viel passieren und so ein Gebäude kann noch umgewidmet werden z. B. „Forschungszentrum: Wie kann Deutschland wieder zu einem Innovationsmotor werden?“ [wm]

AfD Journal Frankfurt (Oder)
3. Ausgabe
Tel.: 0179 - 323 81 46

Das Letzte:

Das sollten Sie wissen, wenn Sie weiter Schwarz-Rot-Grün-Gelb durch Wahl in die Regierungsverantwortung bringen:

• Deutschlands Abstieg wurde durch den schwachen Euro und der falschen EZB-Politik eingeleitet. Mit hohen Wohlstandsverlusten müssen Sie rechnen. Die EZB-Niedrigzinsen kosteten deutsche Sparer bislang 848 Mrd. Euro. Beim Nettovermögen und Wohneigentum liegt Deutschland am unteren Ende innerhalb Europas.

• Die Bürger haben mit der höchsten Inflationsrate seit 40 Jahren zu kämpfen. Die Preissteigerungen werden die Bürger an ihr Existenzminimum bringen. Schuld ist weder die Corona-Pandemie noch der Ukraine-Konflikt, sondern die verfehlte Wirtschaftspolitik der Regierungen Merkel und Scholz. Zum Vergleich: Die kleine Schweiz hat mit ihrer eigenen Währung nur 3,5 % Inflation. Sie kann aufgrund ihrer starken Währung Rohstoffe und Energie preiswert einkaufen zum Wohle ihres Volkes!

• Deutschland ist in der Rangliste der Pressefreiheit weiter auf Platz 16 abgerutscht – hinter Costa Rica, Jamaika etc. aber noch zwei Plätze vor Namibia. So sind 92 % der ARD-Volontäre links eingestellt. Die AfD wird seit 2013 systematisch von den Medien benachteiligt. Die Bundesregierung fördert mit dem Kampf gegen RECHTS (Budget von 1 Mrd. Euro) die Bekämpfung der Opposition.

(Quelle: Reporter ohne Grenzen – Nahaufnahme Deutschland, Pressefreiheit im Überblick 2022)

• Die Aussetzung der Wehrpflicht hat zur Destabilisierung der Bundeswehr geführt. Wichtige Rüstungssparten wurden entwertet oder ins Ausland verkauft. Einsatzfähige Waffen verschenkt die Bundesregierung in die Ukraine und ist damit „Kriegspartei". Man kann die Bundeswehr nur noch als THW mit Schusswaffen bezeichnen. Selbst die Republik Polen hat mehr einsatzfähige Kampfpanzer als Deutschland.

• Die Energiewende hat dazu geführt, dass Sie – liebe Mitbürger – den höchsten Strompreis in der EU zahlen. Die Unternehmen sind nicht mehr wettbewerbsfähig. Nur Deutschland steigt aus der Atomkraft aus. Ein 4-Personen-Haushalt muss künftig mit jährlichen Gas- und Strompreisen von bis zu 10.000 Euro rechnen, wenn nicht endlich eingegriffen wird.

• Unter den Ausländern, die seit 2015 nach Deutschland illegal einreisten, befinden sich nur wenige Fachkräfte. Die Flüchtlingskrise hat die Wohnungsnot und den Druck auf den Sozialstaat verschärft. Gleichzeitig wanderten 800.000 deutsche Fachkräfte dauerhaft aus. Man nennt das die Abstimmung mit den Füßen. Allein in der Schweiz leben 6.000 Ärzte, weil sie dort erheblich besser leben als hier. Sie haben von den etablierten Parteien die Nase voll.

• Deutschland investiert unterdurchschnittlich in die Bildung. In wenigen Jahren gehen 37 % der Lehrer in den Ruhestand. Die deutschen Hochschulen sind international nicht mehr wettbewerbsfähig. Gender und Cancel Kultur bedrohen die Freiheit – auch die Freiheit der Lehre an den Hochschulen.

[wm/is]

Impressum:

Das AfD-Journal
für Frankfurt (Oder)
Wilko Möller MdL

AfD-Stadtverband Frankfurt (Oder)
AfD-Fraktion Frankfurt (Oder)
Müllroser Chaussee 22,
15236 Frankfurt (Oder)

Herausgeber:
AfD-Fraktion
Frankfurt (Oder)

Auflage: 30.000 Stück

Verantwortlich im Sinne des Deutschen Presserechts:
Wilko Möller MdL und Ingolf Schneider

E-Mail: wilko.moeller@afd-ffo.de

Namentlich gezeichnete Texte stehen speziell für die Auffassungen und Meinungen der Autoren. Für den Inhalt der Beiträge sind die jeweiligen Autoren verantwortlich.